

Der Rüstungsindustrie geht es dank NATO-Aufrüstung und Kriegsvorbereitung prächtig. Davon profitiert auch Rheinmetall. Von 55 Euro im März 2014, vor dem Maidan-Putsch, stieg der Preis einer Aktie auf 96 Euro kurz vor der Ausweitung des Krieges in der Ukraine. Am Freitag lag er bei 611 Euro. Schon das ist Grund genug, sich das Unternehmen einmal etwas genauer anzuschauen. Fred Schumacher hat sich vor allem mit seiner Geschichte seit 1933 beschäftigt. Dass Rheinmetall aus der Aufrüstung der Nazis Gewinn zog, überrascht ebenso wenig wie die enge Verbindung des Führungspersonals mit dem Regime. So war Hellmuth Röhner, Vorstandsvorsitzender ab 1939, Mitglied des Freundeskreises der SS und der Aufsichtsratsvorsitzende Hans-Lothar Freiherr von Gemmingen-Hornberg seit 1933 NSDAP- und SA-Mitglied.

Zwar wird auf der Firmenwebsite heute nicht mehr verschwiegen, dass Rheinmetall Zwangsarbeiter einsetzte. Schumacher liefert indes auf knappem Raum einen Eindruck vom Umfang dieses Verbrechens. Dabei stützt er sich – hier wie an anderen Stellen – nicht auf eigene Forschungen. Sein Verdienst besteht darin, das vorliegende Material übersichtlich für einen breiteren Leserkreis aufbereitet zu haben. Im Punkt Zwangsarbeit wird die enge Verbindung von Rüstungsproduktion und KZ-System ebenso anschaulich wie der rückwärtslose und profitorientierte Umgang mit den Häftlingen, der oft zu deren Tod führte.

1945 beging Röhner einen fatalen Fehler: Als im Sommer 1945, nach dem Kriegsende in Europa, seine US-amerikanischen Klassenbrüder auf Unterstützungsbitten zunächst pikiert reagierten, brachte er sich um. Das war voreilig. Als Rheinmetall 1956 wieder in private Hand geriet, war das alte Führungspersonal, sofern es noch lebte, fast vollständig wieder an Bord.

Was die folgenden Jahrzehnte angeht, legt Schumacher den Akzent auf jene Tätigkeiten Rheinmetalls, die sich am Rande der Legalität bewegten. So nennt er mehrere Offiziere, die sich nach aktivem Dienst – auch im Beschaffungswesen – als Berater vom Konzern ein Zubrot zur Pension zahlen ließen. Man kann nur hoffen, dass Ähnliches heute noch passiert und die Rüstungsmilliarden, wenn sie schon für sinnvolle Ausgaben verloren sind, wenigstens in Korruption versickern, statt die Kriegstüchtigkeit zu befördern.

Schumacher beschäftigt sich auch mit illegalem Waffenexporten, die immerhin in einem Fall – trotz massiver politischer Versuche, die Justiz auszubremsen – 1986 zu Verurteilungen führten.

Wieder an Bord

Nicht ohne Lücken, aber nützlich: Ein kompakter Streifzug durch Geschichte und Gegenwart von Rheinmetall. Von Kai Köhler



Kriegstüchtig: General Walther von Brauchitsch spricht in einem Rheinmetall-Werk (11.8.1939)

Zwar kamen nur Bewährungsstrafen heraus; in diesem Staat ist, wer ein hinreichend oft ohne Fahrchein erwischt wird und die Strafe nicht zahlen kann, übler dran als die, die kriegführende Regimes mit Tötungsgerät versorgen. Immerhin bescherte der Prozess dem Waffenhändler damals einen erheblichen Imageschaden. Auch konnte man über einen Zusammenhang zwischen der Prozessverzögerung und Rheinmetall-Spenden an CDU und CSU mitmachen.

Ein wenig gerät bei Schumacher angesichts des Skandalösen das Normalgeschäft aus dem Blick. Es stimmt schon: Gegenwärtige Versuche, die Rüstungsindustrie ethisch aufzuwerten, werden durch Hinweise auf deren miese Vergangenheit erschwert. Doch eigentlich ist an Rheinmetall zu kritisieren, was die Firma ganz offen als ihre Tätigkeit angibt: Waffen für die NATO und ihre Verbündeten zu produzieren.

Linke diskutieren, ob die Bundesrepublik gegenwärtig ein Anhängsel des US-Imperialismus ist oder ob – und in welchem Ausmaß – sie eigenständig vorgeht. Dabei ist interessant, wem Rheinmetall heute eigentlich gehört.

Schumacher gibt den Stand von Juli 2024 an. Der größte Einzelaktionär ist Blackrock mit einem Anteil von 5,55 Prozent. Es folgen andere, meist ebenfalls US-amerikanische Gesellschaften. Die meisten Aktien sind hingegen als »Freefloat« angegeben, also im Streubesitz. Ob jemand Teile dieser Stammrechte konzentrieren kann, und wer, das wäre wichtig zu wissen. Schumacher gibt dabei sehr schnell auf. Was er danach auf wenigen Seiten zu den Fragen schreibt, welche US-Thinktanks Einfluss auf die NATO-Osterweiterung ausübten und wie Politik, Militär und Industrie die Aufrüstung koordinieren, bleibt skizzenhaft.

Die Rheinmetall-Kooperation mit dem italienischen Hersteller Leonardo bei der Panzerfabrikation konnte Schumacher noch ebenso wenig kennen wie den geplanten Einstieg bei Thyssen-Krupp Marine Systems und die Zusammenarbeit mit der kroatischen Firma DOC-ING für ein Minenräumfahrzeug. Doch wird deutlich, dass Rheinmetall bereits in den 70er Jahren Auslandsabnehmer gründete. Inzwischen ist der Konzern auch in Osteuropa mit Standorten in Polen, Ungarn, Tschechien und

Rumänien, bald auch in Litauen und der Ukraine vertreten. Deutsche Exportbeschränkungen, die ohnehin nur locker gehandhabt werden, dürften dann überhaupt kein Problem mehr sein.

Lange Zeit galt die Rüstungsindustrie als leicht schmutzige, im Ansehen knapp unter der Pornoproduktion. Entsprechend scheute sie die Öffentlichkeit. Das hat sich geändert. Nach einem »Engagement« in nicht ganz so prominenten Sportarten sponsort Rheinmetall jetzt im Bereich Profifußball. Ende 2023 hatte Borussia Mönchengladbach ein entsprechendes Angebot noch abgelehnt, im Frühjahr 2024 schlug Borussia Dortmund zu. »Taking responsibility«, verkündet dazu die Rheinmetall-Website. Auf diese Frechheit und die Fanproteste dagegen geht das Buch leider nicht ein. Dabei ließe sich daraus etwas über den gegenwärtigen Stand der Kräfteverhältnisse in Deutschland lernen. Schumachers Rheinmetall-Überblick hat Lücken, nützlich ist er gleichwohl.

■ Fred Schumacher: Waffen für die Welt. Rheinmetall und das Geschäft mit dem Krieg. Das Neue Berlin, Berlin 2024, 112 Seiten, 10 Euro

Neu erschienen

Wildcat

Im neuen Heft der Zeitschrift *Wildcat* finden sich Beiträge über das Verhältnis Deutschlands zu den laufenden Kriegen, über die Krise der Automobilindustrie, die Herausforderungen für die linke Regierung in Sri Lanka und die Verelendung von Teilen der Arbeiterklasse in den USA. Gleich mehrere Texte befassen sich mit unterschiedlichen Aspekten des »KI-Komplexes« in den USA und in der EU. (iW)

■ *Wildcat*, Nr. 114 (Winter 2024/25), 67 Seiten, 5 Euro, Bezug: *Wildcat*, Postfach 80 10 43, 51010 Köln, E-Mail: versand@wildcat-www.de

Graswurzelrevolution

In der Dezemberausgabe der Zeitschrift *Graswurzelrevolution* schreibt Gerald Grünekle über »antimilitaristischen Anarchismus« und »anarchistische Kriegstüchtigkeit«. Ralf Dreis berichtet von ungeklärten Todesfällen in griechischen Polizeiwachen, Peter Oehler porträtiert »soziale Küchen, Geflüchtete und Squats« in Athen. Manuel Förderer hat sich den Welthandelsbericht der WTO genauer angesehen und dort eine »Mischung aus Kapitalismusblob, Markthorra und inklusionszentrierter Kuschelrhetorik« entdeckt – und die Feststellung, dass die globale Einkommensungleichheit mit jener zu Beginn des 20. Jahrhunderts vergleichbar ist. Anne S. Respondek setzt die Serie über Bordelle in deutschen Konzentrationslagern fort. (iW)

■ *Graswurzelrevolution*, Jg. 53/Nr. 494, 24 Seiten, 4,50 Euro, Bezug: Verlag *Graswurzelrevolution*, Abo und Vertrieb, Vaubanallee 2, 79100 Freiburg, E-Mail: abo@graswurzel.net

IMI-Analyse

In der Analysereihe der Informationsstelle Militarisierung (IMI) bewerten Andreas Seifert und Jürgen Wagner die vom Bundeskabinett verabschiedete »Nationale Sicherheits- und Verteidigungsstrategie« als Programm im Interesse der Rüstungsindustrie: »Rüstung ist so vor allem ein Projekt der Umverteilung von Vermögen aus den Steuerkassen in die Taschen von Aktionären. Aus der Sicht der Rüstungsindustrie sollen diese Gewinne aber nicht nur punktuell, sondern dauerhaft fließen.« Die nun amtliche Strategie sei ein »Freibrief für die Industrie und ein Garantieverprechen für hohe Profite«. Alle bürokratischen Hürden würden damit »über den Haufen geworfen«. (iW)

■ *IMI-Analyse*, Nr. 52/2024, 4 Seiten, Bezug: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e. V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, kostenloser Download: www.imi-online.de

Für die Diktatur des Besitzes

Eine lesenswerte Studie über den alldeutschen Strippenzieher Heinrich Claß

Heinrich Claß war eine Zentralfigur der deutschen Rechten im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. Der von Claß von 1908 bis zur Auflösung 1939 geleitete Alldeutsche Verband war ein ideologisches und organisationspolitisches Scharnier zwischen der spätwilhelminischen Rechten und dem Nazifaschismus.

Claß gehörte zu den Strippenziehern einer ultrarechten »nationalen Opposition« schon im Kaiserreich. Sein 1912 unter einem Pseudonym veröffentlichtes Buch »Wenn ich der Kaiser wär« war eine Programmschrift des Präfaschismus, und lange vor 1918 war Claß Akteur in Diskussionen über Wege zu einer Diktatur. Nicht zuletzt spielte Claß eine

wesentliche Rolle bei der Identifizierung und Aktivierung des Antisemitismus als Hebel, um diesen Diktaturprojekten eine Massenbasis zu verschaffen. Schon 1920 traf er sich mit Adolf Hitler in Berlin und stattete ihn mit Geld aus der Kasse des Alldeutschen Verbandes aus.

Bezeichnend ist, dass Claß, der in der historischen Forschung und Publizistik der DDR durchweg als Wegbereiter des deutschen Faschismus identifiziert wurde, in der Bundesrepublik stets nur einigen Zeithistorikern ein Begriff gewesen ist, und ein bisschen peinlich ist es schon, dass erst weit im 21. Jahrhundert Forschungen zu Leben und Netzwerken des einflussreichen Mannes aufgenommen wurden. Der Historiker

Björn Hofmeister hat nun eine wirklich umfassende, über Claß als Einzelperson hinausgreifende biographische Studie vorgelegt. Nach Aufbau und Inhalt richtet sich die Arbeit an ein Fachpublikum, und auch der stolze Preis dürfte dafür sorgen, dass sie in Buchhandlungen – falls sie überhaupt den Weg dorthin findet – im Regal liegenbleibt.

Allerdings lohnt sich die Lektüre für alle, die sich für die lange Vorgeschichte der Nazidiktatur interessieren. Hofmeister hat eine beachtliche Menge an Archivmaterial erstmals ausgewertet, und es verdient Beachtung, dass er die Diktaturkonzeption von Claß ausdrücklich als Variante eines Ordnungsmodells kennzeichnet, »das auf die Sicherung

und den Ausbau bürgerlicher Machtverhältnisse abzielt, die durch »Bildung und Besitz« strukturiert sein und sich den modernen Demokratisierungsansprüchen der »Massen« entgegenstellen sollten«. Deutlich wird außerdem, dass es bei den Differenzen zwischen Claß und den Nazis letztlich um »Stil und Taktik« ging, nie aber um Grundsätzliches.

Leo Schwarz

■ Björn Hofmeister: Anwalt für die Diktatur. Heinrich Claß (1868–1953). Sozialisation – Weltanschauung – alldeutsche Politik. De Gruyter Oldenbourg, Berlin-Boston 2024, 847 Seiten, 89,95 Euro